

**A-01-006** Demokratie braucht Beteiligung: Die sozio-ökonomische Herkunft darf nicht darüber entscheiden wer mitgestaltet und wer nicht!

Antragsteller\*in: Ute Michel (KV Hameln-Pyrmont)

## Änderungsantrag zu A-01

### Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

gestiegenen Preise besonders spürt. Sie trifft den migrantischen Lieferfahrer, der trotz Überstunden am Ende des Monats im Geldbeutel nichts mehr über hat. Sie betrifft Menschen im Leistungsbezug: Weder die jetzige Grundsicherung noch das neue Bürgergeld sind in der Höhe ausreichend, um Teilhabe zu gewährleisten.

### Begründung

Die Höhe der Grundsicherung war schon vor den Teuerungsraten der letzten Monate ungeeignet, soziokulturelle Teilhabe und damit auch Teilnahme an parteipolitischen Prozessen zu gewährleisten. Auch das neue Bürgergeld ab 01.01.23 wird diesem Anspruch nicht gerecht. Unsere grünen Forderungen gingen in den Verhandlungen zum 3. Entlastungspaket über die letztlich erreichten 50 Euro/Monat hinaus. Dies muss auch weiter gefordert werden.